

A large background image of blue solar panels arranged in a grid, covering the top half of the page.

UNIA

Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.

Industrie-Bulletin Nr. 1

# Die Krise. Ihre Mechanik. Unsere Antworten.



# Inhalt

---

Am Anfang der Krise steht die grosse Umverteilung	4
Drei Krisen – oder doch nur immer die gleiche?	6
Wie entsteht Profit?	8
Die Umbauetappen des Kapitalismus	9
So funktioniert der Finanzkapitalismus:	10
1. Wetten und Profit auf Pump – ein Casino	10
2. Finanzielle Massenvernichtungswaffen	12
3. Hedgefonds und andere Vehikel	14
Bankrotterklärung: Wie das Ende eines Systems begann	16
Wendepunkte der Krise: Chronologie	17
Die Krise schlägt in die produzierende Wirtschaft	18
Teurer Franken, Absturz der Exporte	20
Braucht die Schweiz noch Industrien?	22
Rot, Grün, Nano – und bessere Arbeit. Und zwar rasch.	23
Warum sich die Schweiz diesen Finanzplatz nicht leisten kann	24
Der Fall UBS – die Verbankung des Staates	26
Wie filetiert man Grossbanken und wie schafft man einen besseren Finanzplatz?	27
Denkpause: Die Wirtschaft, die wir wollen	28
Unia-Referendum: So verhindern wir den Rentenklau	29
Was steht an – und was schlagen wir vor	30
Casino-Wörterbuch: Was sich hinter dem Gerede der Finanzer versteckt	33

---

## Impressum

Projektleitung: Corrado Pardini | Text: Oliver Fahrni | Redaktion: Nico Lutz, André Daguet |  
Grafiken: Atelier Kurt Bläuer | Layout: Simone Rolli | Druck: Printoset, Zürich | Auflage: 65 000 Ex. |  
zu beziehen bei: Unia Zentralsekretariat, Postfach 272, CH-3000 Bern 15 | Bern, Februar 2009

# Vorwort

## **Liebe Kollegin, lieber Kollege**

Die Weltwirtschaft ist in der grössten Krise seit den 30er-Jahren. Was als Finanzkrise begonnen hat, greift längst auf die produzierende Wirtschaft über. Das zwingt uns zum Umdenken. Und zum Handeln. Täglich werden neue Massenentlassungen angekündigt. Zunehmend bangen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um ihren Job. Bereits ist die Rede von 200 000 Arbeitslosen. Für die betroffenen Frauen und Männer bricht eine Welt zusammen.

### **Unsere Forderung in der aktuellen Krise ist klar: Keine Entlassungen!**

Wir wollen Arbeitslosigkeit verhindern. Durch Kurzarbeit und mit einer Weiterbildungs-offensive. Zudem mit einem dringlichen Konjunkturpaket von Bund und Kantonen, das Investitionen in Milliardenhöhe im Bereich der öffentlichen Infrastrukturen, z.B. bei der Bahn oder im Hochwasserschutz, bei der Gebäudesanierung und anderen Vorhaben zum ökologischen Umbau auslöst.

### **Jetzt erst recht!**

Wir werden jetzt um den Erhalt vieler tausend Arbeitsplätze kämpfen. Der jüngste Arbeitskampf in einer Zellstofffabrik bei Solothurn wurde in einer Härte geführt, wie wir das als Gewerkschafter in der Industrie selten erlebt haben. Er hat aber gezeigt: Eine Belegschaft kann gegen einen Weltkonzern nur bestehen, wenn sie geschlossen kämpft. Nur darum konnte die Belegschaft zusammen mit der Gewerkschaft einen vorbildlichen Sozialplan durchsetzen.

Darum brauchen wir dich.

### **Solidarität und Gerechtigkeit**

Das sind die Werte, auf sich die Gewerkschaft stützt – gegen die grossen Abzocker und Börsenspekulanten, die für Spekulationsgewinne ganze Unternehmen der Realwirtschaft in den Ruin treiben. Gegen Finanzkonzerne, welche die Werte abschöpfen, die die Arbeitenden geschaffen haben. Gerade in der Krise wollen wir unsere gewerkschaftliche Arbeit auch in der Industrie investieren, indem wir unsere Präsenz in den Regionen und Betrieben erhöhen. Zur Unterstützung unserer eigenen Vertrauensleute.

### **Corrado Pardini**

Mitglied Geschäftsleitung Unia, Leiter Sektor Industrie

# Am Anfang der Krise steht die grosse Umverteilung

Die Banken erzählen uns eine merkwürdige Geschichte: Wir sind in eine weltweite Wirtschaftskrise gestürzt, sagen sie, weil einige Häuserbesitzer in den USA die Zinsen für ihre Hypotheken nicht mehr bezahlen konnten.

Unsinn. Die Geschichte soll nur vernebeln, dass dieser historische Zusammenbruch des Finanzmarktes das Ergebnis von 30 Jahren neoliberaler Politik ist, an deren Spitze die Banken standen.

Der Reihe nach: Die Krise fing mit einer Finanzblase an. Finanzblasen entstehen, wenn sehr viel Kapital gewinnbringende Anlage sucht, aber keine findet. Es herrscht Kapitalüberschuss. Woher kommt dieser Überschuss?

## **1. Aus der Umverteilung von unten nach oben**

Die Arbeitgeber haben die Löhne tief gehalten und sie haben die Arbeitenden nicht am Produktivitätsfortschritt beteiligt. Die Einkommensschere ist weiter aufgegangen, die Vermögen sind in noch weniger Händen konzentriert. Dieses zusätzliche Geld, das sich die Besitzenden herausgenommen haben, floss nicht in Investitionen, sondern zu grossen Teilen in die Finanzmärkte.

## **2. Von der Privatisierung der Altersvorsorge**

Indem man in vielen Ländern Pensionskassen schuf, kreierte man Billionen spekulativen Kapitals, allein in der Schweiz über 600 Milliarden Franken, die die Finanzmärkte anheizen.

## **3. Aus der Kreditschöpfung**

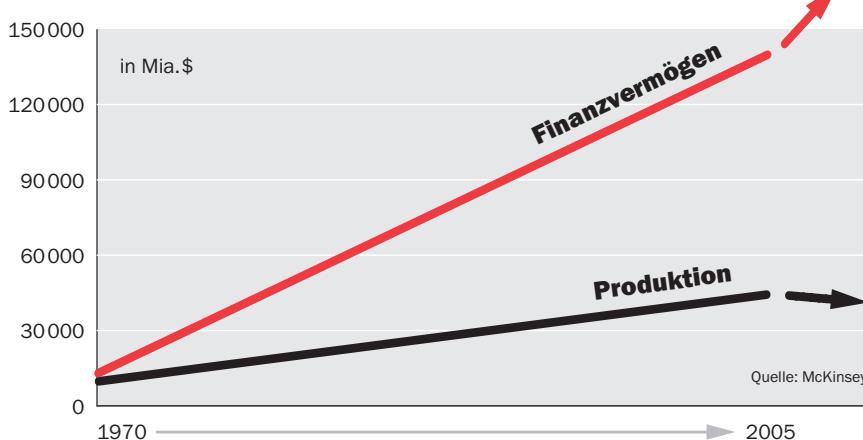
Die Banken haben mit neuen Finanzprodukten wie den Derivaten<sup>1)</sup> eine unvorstellbares Volumen von Kredit und fiktivem Kapital geschaffen (mehr als zwei Billiarden Dollar).

Am Anfang stand die grosse Umverteilung. Jetzt geschieht eine weitere: Weltweit werden Unsummen aus Steuern in die Banken (z.B. in die UBS: 68 Milliarden Franken) und in einzelne Unternehmen gepumpt. Im Fall der UBS quasi ohne Bedingungen. Was wird am Ende der Krise stehen?

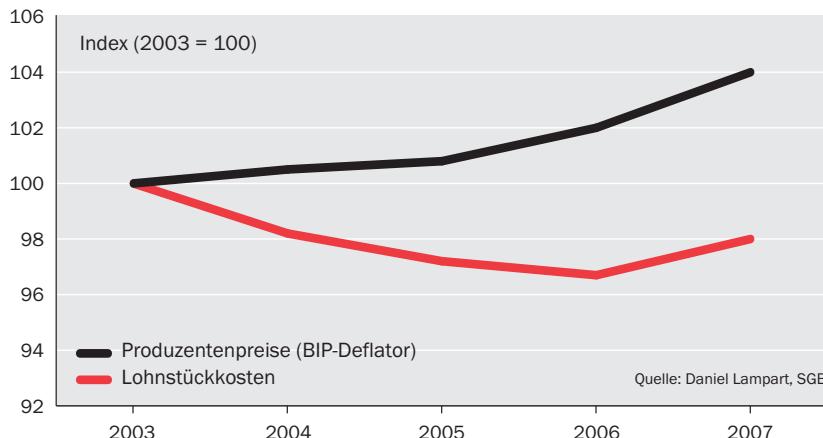
1) Erklärung von Fachbegriffen: Siehe «Casino-Wörterbuch» S. 33 ff.

## Fataler Kapitalüberschuss

**Finanzvermögen steigen stärker als Produktion**



**Lohnstückkosten und Produzentenpreise der Schweizer Unternehmen**



**Lohnerhöhungen wären sinnvoll und machbar:** Einer der Gründe für den Kapitalüberschuss sind die hohen Profite der Unternehmen. Sie haben den Produktivitätsfortschritt nicht oder nur ungenügend weitergegeben. Das zeigt sich unter anderem im Verhältnis Lohnstückkosten (die Lohnkosten für jedes hergestellte Produkt) und Produzentenpreise: Die Lohnstückkosten sind über Jahre gesunken, gleichzeitig sind die Preise gestiegen. Unter dem Strich hat sich die Marge der Unternehmen erhöht.

# Drei Krisen – oder doch nur immer die gleiche?

## Asienkrise, New Economy-Krise, Finanzkrise

Sind Banken, Spekulanten, Hedgefonds Opfer der Finanzkrise? Nein, sie haben sie gemacht und treiben sie an. Da herrscht ein wüstes Plündern und Fusionieren. Der Bankrott der Bank Lehman Brothers war das Resultat eines konzertierten Angriffs durch US-Hedgefonds, eine britische und eine japanische Bank. In kapitalistischen Krisen wird Geld wie Heu gemacht und die Billionen-Rettungspakete aus Steuergeldern sind dabei eine fette Zugabe.

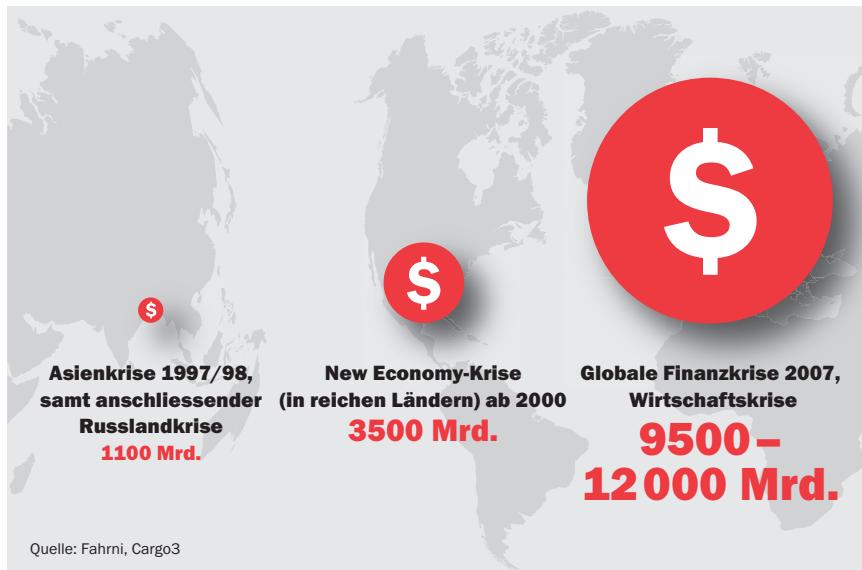
### Krisen sind Normalität

Immer wenn das Kapital in der Produktion keine ausreichenden Profite mehr findet, entstehen Finanzblasen. Auf ihrem Höhepunkt kommt es zur Kapitalvernichtung und zur Konzentration. Am Ende dieser Krise wird der Finanzsektor völlig umgebaut sein, konzentriert auf zehn Globalbanken unter Führung der Bank of America. Man kann die letzten drei Krisen als eine einzige, sich steigernde lesen:

**Asienkrise:** 1997/98 zog sich das Kapital aus den «Tigerstaaten» zurück (Südkorea, Thailand, Taiwan, Indonesien, Hongkong). Als die Krise auf Russland übergriff und ein grosser Hedgefonds zusammenbrach, kam es zur ersten koordinierten Aktion von Banken und Zentralbanken (inkl. Leitzinssenkungen). Das Kapital flüchtete in die New Economy. **New Economy-Krise, 2000 bis 2003:** Nach der 2000er-Krise schufen die Banken viele neue «Finanzprodukte» (Derivate). Die Zahl und das Kapital der Hedgefonds explodiert. Weil die Zentralbanken das Geld noch billiger machten und die letzten Beschränkungen der Finanzmärkte schleiften, konnte die Immobilienblase entstehen, die Anfang 2007 platzte und zur **globalen Finanz- und Wirtschaftskrise** führte.

## War's das, oder kommt der Big Bang?

### Geschätzte Kapitalvernichtung bei den letzten drei Finanzkrisen



Spekulationsblasen gibt es immer wieder. Aber diesmal geht die Krise an die Grenze des Wirtschaftssystems, so wie wir es kannten: Wir erleben gleichzeitig die erste wirklich globale Kredit- und Finanzkrise, eine Krise der realen Wirtschaft, eine ökologische Krise und eine Rohstoff-Hunger-Krise. Auf dem Prüfstand steht jetzt nicht nur das Bankensystem, sondern diese Form von Kapitalismus.

# Wie entsteht Profit?

## **Eine andere Frage zuerst: Was oder wer schafft Wert?**

Die Finanzmärkte nicht. Sie können höchstens Wert freisetzen, der schon geschaffen worden ist. Zum Beispiel, indem sie ein Unternehmen filetieren und verkaufen oder indem sie auf ein Unternehmen irgendwelche Papiere ausgeben. Finanzkapital eignet sich Wert nur an – es schafft keinen.

Wer also? Das Kapital, das in eine Produktion investiert ist? Wenn ein Unternehmer eine Maschine in die Fabrik stellt, die viel produziert, scheint sie Wert zu schaffen. Schauen wir genauer hin.

Mit Gewinn verkaufen kann man eine Sache oder Dienstleistung, wenn sie vorher zusammengebaut oder konzipiert oder verändert worden ist, wenn man etwa aus Kupfer eine Kugelschreberspitze geformt hat. Es ist diese Veränderung, die den Wert schafft. Also Arbeit. Sie ist die Quelle allen Werts. Auch wenn diese Arbeit eine Maschine tut, denn in der Maschine arbeitet nicht Geld, sondern das Wissen, des Geschick und die Erfahrung von Generationen Arbeiterinnen und Arbeitern. So entsteht der Mehrwert.

## **Mehrwert**

Er bezeichnet jenen Teil der wertvermehrenden Arbeit, die nicht als Lohn ausbezahlt, sondern vom Kapital abgeschöpft wird.

Wenn das Finanzkapital 20–30 Prozent Rendite verspricht, so ist das mehr als der Mehrwert. Wie ist das möglich? Das Finanzkapital greift an die wirtschaftliche Substanz. Es nimmt sich jenen Teil von früher erarbeitetem Mehrwert, der in Reserven und Maschinen etc. steckt. **Es plündert.**

# Die Umbauetappen des Kapitalismus

## 1. Klassischer Kapitalismus: Stakeholder

1945 bis Mitte der 70er-Jahre. Die Arbeitenden arbeiten, die Kapitalbesitzer nehmen den Mehrwert. Es war keine bessere Ordnung, die manche heute daraus machen wollen. Nur: Wenn das Kapital Profite wollte, musste der Unternehmer dafür sorgen, dass der Mehrwert jeden Tag erneut erarbeitet werden konnte – und dass er stets üppiger wurde. Er musste einen Produktionsapparat auf Dauer schaffen. Investieren. 6 Prozent Rendite galten als ordentlich. Die Banken waren direkt am Kapital vieler Konzerne beteiligt. Langsame Kapitalkonzentration. Sozialer Kompromiss: Die Arbeitenden waren abgesichert und sollten die Güter der Massenproduktion kaufen können.

## 2. Shareholder-Kapitalismus

Bis Mitte der 80er Jahre hatten die Besitzenden die Verhältnisse in neoliberaler Manier verschärft. Jetzt wollte der Aktionär mehr. 10–12 Prozent Eigenkapitalrendite mussten her. Der Druck auf die Arbeitenden wurde erhöht. Die Arbeit wurde flexibilisiert, aus- und verlagert. Globalisierung, Markttöffnungen, Privatisierungen, Deregulierung: Das Kapital kündigte immer grössere Teile des sozialen Kompromisses. Die Banken stiegen aus den Unternehmen aus, Kapitalfonds stiegen ein. Mit Hunderten von Gesetzesänderungen wurde das Kapital entfesselt (etwa die Hedgefonds gefördert).

## 3. Finanzkapitalismus

In den 90er Jahren hat das Finanzkapital das Kommando übernommen. Seit 2000 verschärft. Natürlich bestehen Stakeholder- und Shareholder-Verhältnisse weiter, aber das Finanzkapital bestimmt die Regeln. 18–20 Prozent Kapitalrendite sind ein Minimum. Mit normaler Produktion ist das kaum zu haben. Also muss die **Substanz geplündert** werden. Die reale Ökonomie wird zunehmend zur Grundlage für Derivate und andere Geschäfte. Die Folge: sinkende Real-Investitionen. Das Finanzkapital wächst explosionsartig: Kredit, Vermögen, Geldumlauf, Finanzmärkte rasen. Viele wichtige Unternehmen werden von Fonds kontrolliert.

## So funktioniert der Finanzkapitalismus

# 1. Wetten und Profit auf Pump – ein Casino

### Zuerst eine Zahl

Alle Unternehmen der Welt zusammengenommen haben Kredit in Form von Obligationen für 5000 Milliarden Dollar aufgenommen. Wer eine Obligation kauft, also Kredit gibt, kann sich dagegen versichern, dass sie vielleicht nicht zurückbezahlt wird. Diese Versicherung nennt man CDS (Credit Default Swap). Wenn also alle Anleger allen Unternehmen misstrauen würden, könnten maximal CDS für 5000 Milliarden auf dem Markt sein. Wieviel CDS sind es wirklich? Für 60 000 Milliarden Dollar! Mehr als das Welt-Bruttowirtschaftsproduktes. Wie ist das möglich?

### Wetten, dass...

Wir wissen (S.4): Grundlage des Finanzkapitalismus ist Geld, dass nur akkumuliert statt in Löhnen ausbezahlt, konsumiert oder investiert wird. Um sich dieses Geld zu greifen und es zu vervielfältigen, haben die Finanzer eine immense Menge von «Derivaten» wie die CDS erfunden.

Die meisten CDS-Käufer besitzen gar keine Obligation. Sie wetten bloss darauf, dass die Firma X. Pleite gehen könnte. Wahrscheinlich interessiert sie die Firma X. nicht einmal. Sie haben einfach ein «Wertpapier» erstanden, dessen einziger Wert darin besteht, dass man es verkaufen kann. Das ist der Trick: Denn vom Gewinn kann man sich ein ganz reales Haus oder Auto kaufen.

### Perverser noch

Ein Hedgefonds, der Derivate im «Wert» von 500 Millionen hat, kann sie als «Sicherheit» für einen Kredit über 5 Milliarden hinterlegen, um eine Firma zu kapern und sie auszuschlagen (S.14).

### Absurd

Möglich wurde das, weil Regierungen und Parlamente auf Druck der Ospels dieser Welt die Gesetze und Vorschriften abgeschafft haben, welche Finanzmärkte regulierten. Derivate galten etwa in Deutschland bis 1989 als verbotenes Glücksspiel.

## Hebel und Pump

Der Hedgefonds, der auf Pump eine Firma aufkauft, um ihre Substanz zu versilbern, tut das, was die Finanzer als höchste Kunst betrachten: Ein Hebelgeschäft («Leverage»). Hebel heisst, mit möglichst wenig Eigenkapital möglichst viel Fremdkapital zu bewegen, um seinen Gewinn zu erhöhen.

Ein einfaches Beispiel: Y. kauft für eine Million Aktien. Er setzt 200 000 eigenes Geld ein und 800 000 Kredit. Die Aktie steigt um 10 Prozent. Er verkauft und hat nun 300 000 (minus die Zinsen für den Kredit). Unterm Strich knapp 50% Profit auf seinen 200 000. Hätte er die Aktien mit einer Million eigenem Geld bezahlt, wäre der Profit weniger als 10%.

Profit auf Pump ist die goldene Regel des Finanzkapitals. Es setzt Hebelwirkungen überall an: bei Börsengeschäften, bei Derivaten, bei Finanzierungen, bei Rohstoffgeschäften, im Devisenhandel...

Die Kombination Derivate und Hebelwirkung zeigt jetzt verheerende Wirkungen. Früher bestimmten die Zentralbanken, wie viel Geld im Umlauf war. Heute haben Banker und Finanzer eine enorme Kreditvermehrung in Gang gesetzt. In den letzten 30 Jahren hat sich die Geldmenge 50x erhöht. Der gegenwärtige Kapitalismus leidet nicht an einer Kreditblase. Er ist eine Blase.



## So funktioniert der Finanzkapitalismus

# 2. Finanzielle Massenvernichtungswaffen

Banken verdienen ihr Geld im 21. Jahrhundert nicht damit, die Einlagen der Sparer irgendwo mit Gewinn zu investieren. Das war im alten Kapitalismus. Heute machen sie mehr Profit, wenn sie wachsende Riesenhaufen von Geld möglichst oft umwälzen. Es tönt kompliziert, ist es aber nicht.

Ein Beispiel: Eine US-Hypothekenbank (Bank 1, siehe Grafik nebenan) kann irgendwann keine Hypotheken mehr ausgeben, weil ihr ganzes Geld schon in Häusern der Kunden steckt. Lösung: Die Hypotheken werden einfach weiterverkauft. Nur will ein Investor oder eine andere Bank doch nicht Zinsen bei den Häuserbesitzern eintreiben. Also gründet die Bank eine Zweckgesellschaft und diese bastelt aus ganzen Bündeln von Hypotheken Wertpapiere, sogenannte MBS. Diese MBS kann sie nun an Hedgefonds, Pensionskassen, Investoren verkaufen. Verbriefung nennt man das.

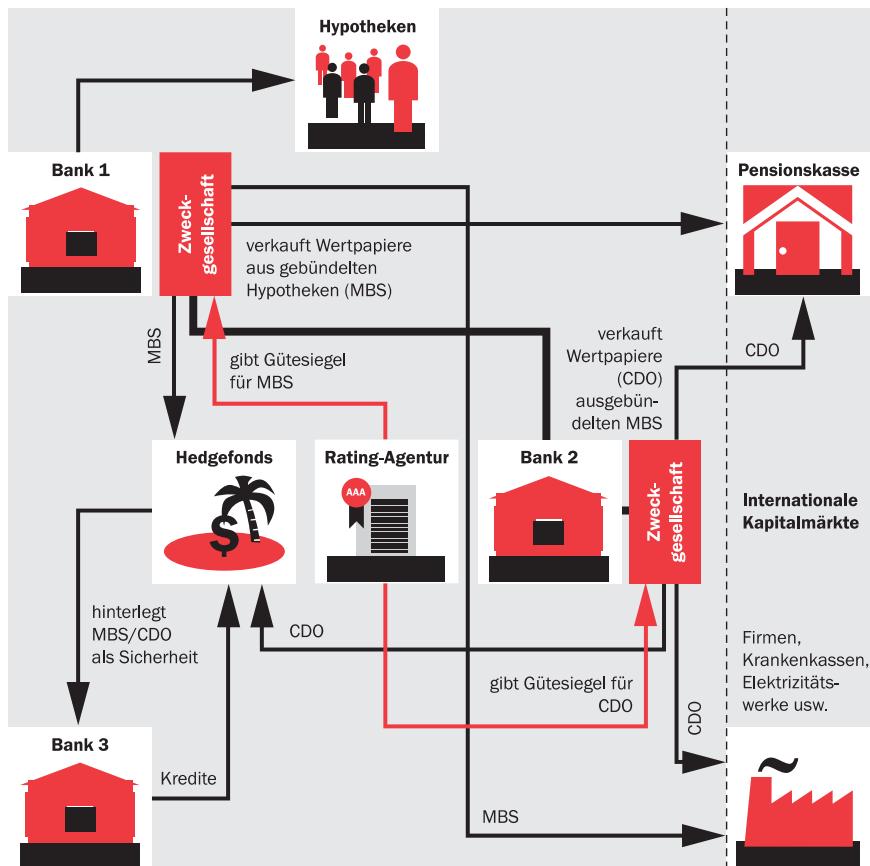
### Die Verwurstung fauler Papiere

Jetzt geschehen interessante Dinge. Der Kreditreigen dreht immer schneller. Ein Investmentbanker (Bank 2) kauft ganze Bündel solcher MBS, die ihrerseits schon Bündel sind und mischt sie zusammen. Dann schneidet er sie in neue Tranchen, sogenannte CDO. In diesen CDO stecken also Teile von guten Hypotheken und solche von schlechten. Doch Ratingagenturen schätzten diese oft faulen CDO als erstklassig ein. Denn hinter ihnen stand ja eine renommierte Investmentbank. Sie konnten überall hin verkauft werden. Es wäre interessant zu wissen, wie viele heute wertlose MBS oder CDO die Schweizer Pensionskassen besitzen.

### Was tun?

- CDO und ähnliche Derivate verbieten.
- 90 Prozent der Wertpapier-Geschäfte geschehen ausserhalb der Börse. Um Transparenz zu schaffen, müssen sämtliche Geschäfte an die Börse.

## Verbriefung und Kreditschöpfung



## So funktioniert der Finanzkapitalismus

# 3. Hedgefonds und andere Vehikel

Mitten im langen, harten Streik der Swissmetal-Belegschaft in Reconvilier stieg der Kurs der Swissmetal-Aktie plötzlich scharf an. Der Hedgefonds Laxey hatte ein grosses Paket gekauft. Er witterte fetten Profit trotz Streik.

### **Hedgefonds-Manager sehen sich als Königsklasse des Finanzkapitalismus. Doch was tun Hedgefonds?**

Sie sammeln Geld von Reichen, Institutionen, Versicherungen, Pensionskassen ein, das sie dann auf den Finanzmärkten zu vermehren suchen. Bei manchen Hedgefonds ist man erst ab 50 Millionen dabei. Dafür versprechen sie Renditen von 20 oder mehr Prozent. Das ist nur mit hochspekulativen Wetten etwa auf Derivate, Rohstoffe oder Währungen zu haben – und mit der Plünderung von Unternehmen, also der ökonomischen Substanz (Grafik Seite 15). Darin gleichen sie den «Heuschrecken», den Private Equity Fonds (Unterschied: Manche Private Equity sind an produktiven Investitionen interessiert).

Hedgefonds und Private Equity Fonds haben neben Swissmetal auch Implenia, Saurer, Sulzer, OC Oerlikon, Ascom und viele andere Unternehmen angegriffen – und einige gekapert/geplündert.

### **Plünderungen auf Pump**

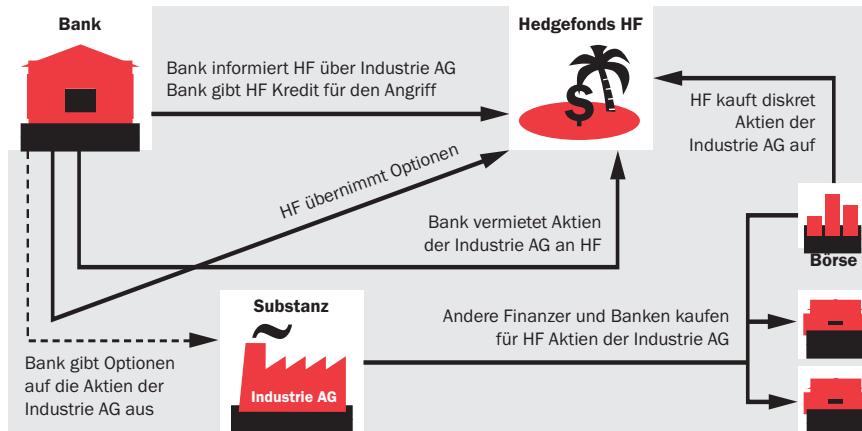
Brandgefährlich macht die Hedgefonds eine andere Eigenschaft: Sie spekulieren in hohem Mass auf Pump , also mit extremer Hebelwirkung (S. 10, 11). Als der Hedgefonds LTCM Pleite ging, stellte sich heraus: Er hatte mit 5 Milliarden Eigenkapital 125 Milliarden Kredit aufgenommen und damit Geschäfte über 1,3 Billionen gemacht.

### **Was tun?**

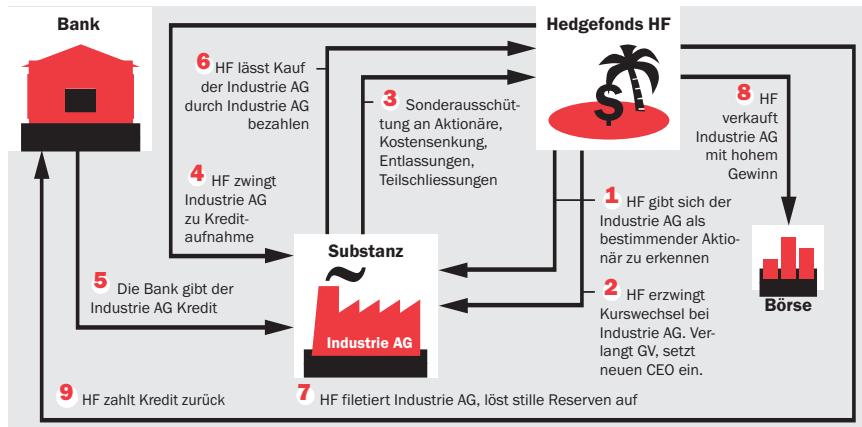
- Hedgefonds verbieten oder stark regulieren
- Private Equity Fonds scharf reglementieren und zu Transparenz zwingen

# Wie ein Unternehmen geplündert wird

## 1. Phase: Der Angriff des Fonds auf die Industrie AG



## 2. Phase: Die Plündierung



Die Nummern geben die zeitliche Abfolge der Ereignisse wieder.

## Bankrotterklärung

# Wie das Ende eines Systems begann

Grosse Erschütterungen kündigen sich manchmal an. Im Winter 2006 begannen die Häuserpreise in den USA zu sinken. Aber es wurden noch mehr Häuser gebaut. Darauf sanken die Preise stärker. Eine klassische Überproduktionskrise.

Jeder Investmentbanker wusste, dass die Preise nicht unbegrenzt steigen würden. Aber sie zockten weiter, erfanden und verkauften Immobiliendervate bis 5 nach 12, und manche noch länger.

Darum erklären die Ramschhypothesen (Subprime-Hypothesen) die Krise nicht. Zwar wurden Zehntausende Familien per Zwangsversteigerung aus ihren Häusern getrieben. Doch ein paar Milliarden Verluste hätten die Banken leicht weggesteckt. Das Problem lag anderswo: Die Finanzer hatten auf die realen Hypothesen eine riesige Zahl von Derivaten ausgegeben (CDO etc. S. 12). Der Häusermarkt diente nur als Vorlage für die Finanzwetten. Beleg: Das Volumen dieser Wetten überstieg den gesamten Häusermarkt um ein Mehrfaches.

Schlimmer: Solche Derivate wurden nicht nur mit Hypothesen gemacht, sondern mit allen Formen von Krediten: Es gibt Derivate auf Kreditkartenschulden, auf Abzahlungsgeschäfte, auf Ausbildungskredite ...

Wie die Schweizer Grossbanken pokerten, zeigt eine Zahl der Nationalbank, die diskret in einem Bericht<sup>1)</sup> untergebracht ist: 1996 lag das Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital bei UBS/CS noch um 1:11. Zehn Jahre später betrug es 1:40!

Das war das Verhängnis: So hoch wie die Profite sind, die Banker mit solchen Ketten von Derivaten machen, so immens sind die Verluste, wenn die Kette bricht – vor ein paar Monaten wollte niemand mehr die Papiere. Ihr Wert fiel über Nacht um 30, 50, 70 %, bei manchen Papieren auf Null.

1) Schweizerische Nationalbank: Bericht zur Finanzstabilität 2008.

# Wendepunkte der Krise

## Chronologie

### **Herbst 2006**

Die Häuserpreise in den USA beginnen zu sinken. Darauf schichtet zum Beispiel die SUVA ihre Investitionen um. Ein amerikanischer Hedgefonds-Manager verdient 4 Milliarden Franken, indem er auf sinkende Preise spekuliert.

### **Frühling 2007**

Jetzt ist die Krise da. Meldungen von Hedgefonds und Banken in Schwierigkeiten jagen sich (darunter UBS).

### **9. August 2007**

Das ist der Tag, an dem die Geldmärkte aufhören zu funktionieren. Die Liquidität bricht weltweit zusammen. Das bedeutet: Keine Bank gibt einer anderen noch Kredit – die könnte am nächsten Tag ja pleite sein. Seither fluten die Zentralbanken mit Milliarden-Beträgen die Märkte. Doch die Banken horten das Geld, statt zu investieren.

### **15. September 2008**

Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers. Sie galt als «zu gross, um zu sterben». Alle fünf grossen US-Investmentbanken gehen darauf Bankrott oder werden gefressen. Es stellt sich heraus, dass sogar Kunden in den hintersten Innerschweizer Bergen Lehman-Derivate besessen. Der Finanzkapitalismus hat die Welt durchdrungen.

### **16. Oktober 2008**

Die UBS wird, nach zwei verpufften Kapitalerhöhungen, vom Bund mit einem 68-Milliarden Paket im Handstreich gerettet. Die Regierung stellt keine Bedingungen an die UBS, obschon die Bankenkommission in einem Untersuchungsbericht schwere Verfehlungen der Grossbank festgestellt hatte.

### **Herbst 2008**

Die Krise schlägt auf die Realwirtschaft durch. Bundesrätin Leuthard sieht keine Krise kommen. Sie denkt erst um, als schon die ersten Entlassungen bekannt werden. Die Rettungspakete und Konjunkturprogramme unzähliger Regierungen werden immer gigantischer.

# Die Krise schlägt in die produzierende Wirtschaft

Im Herbst 2008 wurden die ersten Bestellungen deutscher Autokonzerne bei Schweizer Zuliefer-Firmen annulliert. Dann ging es schnell. In fast allen Branchen sank die Produktion. Im November fielen die Schweizer Exporte (S. 20). Die Finanzkrise schlug in die produzierende Wirtschaft. Seither redet man von einer Wirtschaftskrise.

In Wahrheit kommen da zwei Krisen zusammen. Die Finanzkrise verstärkt eine klassische Überproduktionskrise der realen Ökonomie. So stellte etwa die Autoindustrie schon seit vielen Monaten mehr Autos her, als die Konsumentinnen und Konsumenten kaufen konnten.

## **Dieses Zusammentreffen zweier Krisen ist explosiv:**

- Viele Unternehmen stellen Investitionen zurück, weil sie erstens nur noch schwer an Kredit kommen und zweitens ihre Produktion ohnehin zurückfahren.
- Die Banken horten Geld und beschränken oder verteuern den Kredit. Vor allem KMU kommen nur noch schwer an Geld. Innovationen, Erweiterungen etc. werden abgesagt.
- Die auf möglichst hohen Gewinn zugeschnittenen Produktionsabläufe bewirken, dass ein Produktionstop z.B. bei einem deutschen Autobauer über Nacht auf alle Lieferanten durchschlägt.

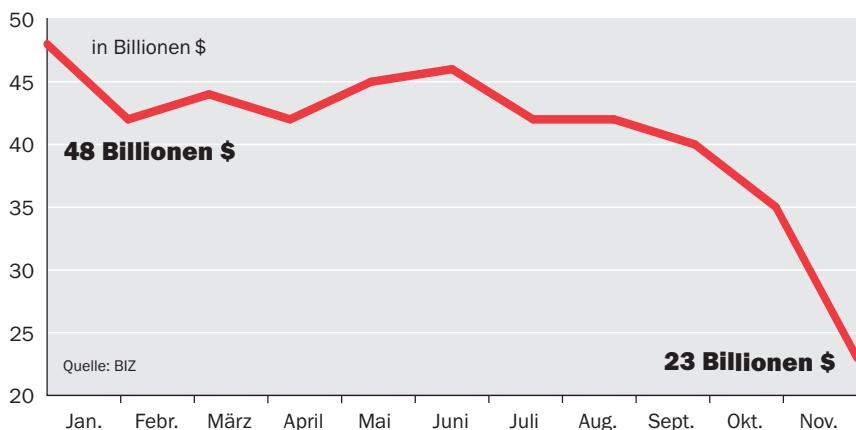
Krisen sind für viele Unternehmer eine günstige Gelegenheit, den Druck zu erhöhen, die Produktion umzubauen, Kosten zu senken, Entlassungen durchzusetzen – und «Rettungspakete» abzuzocken. So lässt sich die US-Industrie längst überfällige technische Innovationen, etwa die Entwicklung umweltfreundlicher Autos, vom Staat bezahlen.

Wie schlimm es für die Arbeitenden wird, hängt wesentlich von der Wirtschaftspolitik ab. Die Binnenwirtschaft der Schweiz ist stabil. Baut die Politik darauf eine starke Offensive für den ökologischen Umbau, kann zusätzliche Arbeit geschaffen werden.

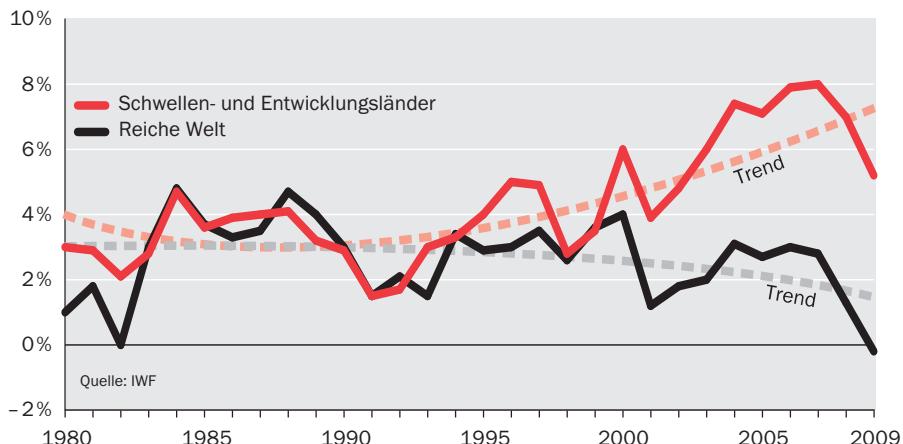
## Massiver Abwärtstrend

### Zusammenbruch der globalen Börse

Das Kapital, das an den Börsen der Welt gehandelt wird, hat sich in elf Monaten halbiert.



### Absturz in die Weltwirtschaftskrise



# Teurer Franken, Absturz der Exporte

Die Schweiz verdient mehr als jeden dritten Franken im Export. 2007 lieferte die Industrie für 200 Milliarden Güter ins Ausland: Chemie/Pharma, Maschinen, Elektronik, Uhren, Metalle und Präzisionsinstrumente.

Im Herbst 2008 der Alarm: Die Exporte begannen wegzubrechen. Allein im Monat November fielen sie um 10 Prozent, Trend scharf nach unten. Besonders deutlich sank die Nachfrage von Ländern, in denen die Finanzkrise heftiger wütet. Irland: -73%, Türkei: -40%, Spanien: -25%. Deutschland (grösster Kunde): -15%.

Ein wichtiger Grund für den Einbruch ist der Finanzplatz Schweiz. Er hält den Kurs des Frankens gegenüber Dollar und Euro hoch (unter anderem weil er der Fluchthafen für das Kapital aus aller Welt ist). Ein hoher Franken aber verteuert die Schweizer Produkte im Ausland.

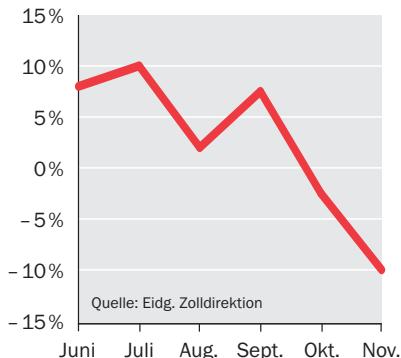
Der Preis war lange nicht entscheidend, denn die hoch qualifizierten Schweizer Arbeitenden stellen zu 93% Produkte mit Qualitätsvorteilen her. In der Krise wird der Preis wichtiger. Beispiel: Eine Firma liefert Maschinen nach China. Stellt sie Rechnung in Dollar und steigt der Franken, verliert die Firma, weil sie ihre Kosten in Franken bezahlt. Fakturiert sie aber in Franken, gehen die Chinesen zum Konkurrenten der Schweizer, weil dieser billigere Dollar nimmt.

## Was tun?

- Den Franken als Fluchtwährung und Spekulationsobjekt unattraktiv machen (Auflösung der Steueroase, tiefe Realzinsen, Reglementierung des Finanzplatzes).
- Industriepolitik für Innovation im ökologischen Umbau (neue Märkte).

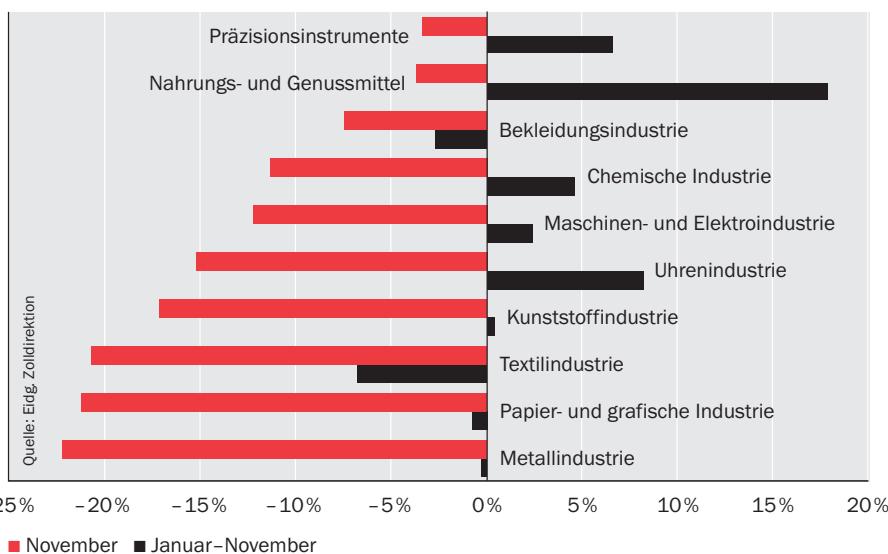
## Die Vorwarnung im November: 14 Prozent weniger Geschäfte mit der EU

### Einbruch der Exporte im November 2008



### Alle Branchen betroffen

Exporte nach Branchen im November – und Vergleich mit Januar bis November



# Braucht die Schweiz noch Industrien?

## Heute mehr denn je

Kaum hatte die Wirtschaftskrise begonnen, stoppte sie einen spektakulären Trend:

**Die Re-Industrialisierung.** Was ist das? In den letzten Jahren sind neue Industrien entstanden – Umwelttechnologien, Nanotech, alternative Energieproduktion und Energienutzung, Verkehrssysteme, neue Werkstoffe, Biotech und einiges mehr.

Getrieben ist diese unerwartete Industrialisierungswelle vom ökologischen Umbau. Die reale Ökonomie muss die Chance des Umbaus nutzen. Der ist, wie etwa das CO<sub>2</sub>-Problem zeigt, ohnehin notwendig. Die Frage ist nicht, ob der Umbau kommt. Die Frage ist nur, ob die Schweizer Wirtschaft daran teilnimmt. Wir stehen vor dem Ende des fossilen Kapitalismus.

Industrie galt in Ländern wie der Schweiz als Auslaufmodell – und mit ihr die Industriearbeitenden. Jetzt aber schaffen die neuen Industrien Arbeit, gute Arbeit, qualifizierende Arbeit. Schon Millionen Jobs in der EU, bisher nur etwa 25 000 in der Schweiz. Dabei wäre die hiesige Industrie für die neuen Aufgaben und Märkte gerüstet: Die Arbeitenden sind hoch qualifiziert, das Know-how ist erstklassig, die Arbeitsproduktivität stark gewachsen.

Darum muss jetzt eine aktive Industriepolitik des Staates den ökologischen Umbau kräftig anstoßen – etwa mit sicherem Kredit. Die Krise des Finanzkapitalismus wird in der realen Ökonomie besiegt.

## Was tun?

- Grosses Anstossprogramm für den ökologischen Umbau
- Ausbildungs- und Weiterbildungsoffensive
- Kreditsystem für produzierende Unternehmen schaffen (S.27)

# **Rot, Grün, Nano – und bessere Arbeit. Und zwar rasch.**

## **Was ist ökologischer Umbau?**

Klar, das meint zuerst: Bessere Energienutzung, Gebäudeisolation, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Windkraft, Sonnen- und andere Energien. Weiter: neue, energieschonende Produktionsformen, ökologische Raumplanung, grüne Nanotechnologie und einiges mehr.

Stellen wir uns kurz vor, der Bundesrat hätte, statt die Finanzhaie zu füttern, nur mal 5 Milliarden Franken in einen grossen Energie-, Verkehrs-, Sanierungs- und Innovationsplan umgeschichtet. Die 5 Milliarden des Bundes würden rund 8 Milliarden Investitionen auslösen. Im Baugewerbe etwa entstünden Tausende von Arbeitsplätzen, das würde wiederum ein hohes Auftragsvolumen in anderen Branchen auslösen. Neue Industrien würden Tausende qualifizierter Jobs schaffen, Hunderte von innovativen Unternehmen, Exportchancen...

**Doch wir verstehen unter nachhaltigem Umbau mehr als den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen oder die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Er zielt auf den schonenden Umgang des Menschen mit sich selbst.**

Produktionsprozesse könnten unter Nutzung von technisch-ökologischen Innovationen etwa derart eingerichtet werden, dass Arbeitsplätze mit besseren Arbeitsbedingungen und qualifizierende Arbeitsformen entstehen. Neue Prozesse bringen eine andere Organisation der Arbeit hervor. Es entstünden Chancen für Mitsprache, Wirtschaftsdemokratie, Selbstverwaltung. Und eine dezentrale gesellschaftliche Entwicklung.

Dies alles wird vom Kapital und seinen Politikern nicht freiwillig eingerichtet. Aber die Lage ist günstig, sie zu zwingen. Der Umbau ist ökologisch notwendig. Der krachende Bankrott des neoliberalen, finanzkapitalistischen Modells verlangt neue Lösungen. So können wir die Wirtschaft um die Arbeit, statt um den Profit herum organisieren. Also eine bessere Form des Wirtschaftens schaffen.

# Warum sich die Schweiz diesen Finanzplatz nicht leisten kann

UBS und Credit Suisse weisen zusammen eine Bilanzsumme von mehr als 3000 Milliarden Franken aus (2007). Das entspricht 7 Mal dem BIP (Gesamtwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen) der Schweiz.

Kein anderes Land steht unter dem Einfluss eines Finanzsektors dieser Grösse, kein Land kennt eine solche Ballung finanzieller Macht. UBS/CS halten einen Marktanteil von 40 Prozent im Inland und sie machen 82 Prozent der Auslandsgeschäfte aller Schweizer Banken. Sie sind die Kommandozentrale des Finanzplatzes.

## Explosives Klumpenrisiko

Doch das ist nur das halbe Problem. Die Banken haben ihr Geschäft verändert. Sie sind nun auf schnelles Geld aus. Das bedroht den Werkplatz gleich fünffach:

- Über eigene und fremde Hedgefonds organisieren sie die Plünderung der Unternehmen, also der wirtschaftlichen Substanz.
- Ihre absurdnen Profiterwartungen erhöhen den Druck auf die Arbeitenden und zwingen die Unternehmen zu Ausschüttungen statt Investitionen.
- Obschon die Grossbanken von der Nationalbank frisches Geld derzeit gratis bekommen, halten sie den Kredit für 170 000 produzierende KMU knapp und teuer.
- Die extremen Ausschläge der Finanzmärkte sind ein unkalkulierbares Risiko für die Konjunktur.
- Das 68-Milliarden-Rettungspaket für die UBS, zeigt, was der Schweiz droht, wenn die Banken ihre Spekulationsverluste weiter auf die Steuerzahllenden abwälzen.

Dabei trägt der Bankenplatz nur 8 Prozent zur Schweizer Wirtschaftsleistung bei.

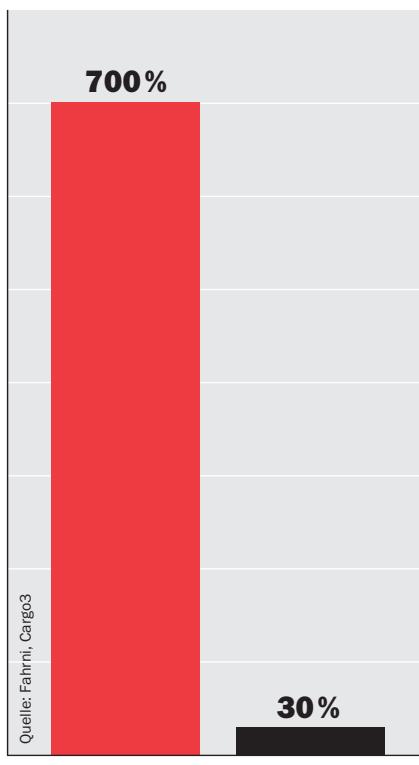
## Was tun?

- Scharfe Regulierung. Transparenz der Finanzmärkte erzwingen.
- Bessere Finanzmarktaufsicht
- Finanzkonversion (S. 27)

## Banken sind ein Risiko

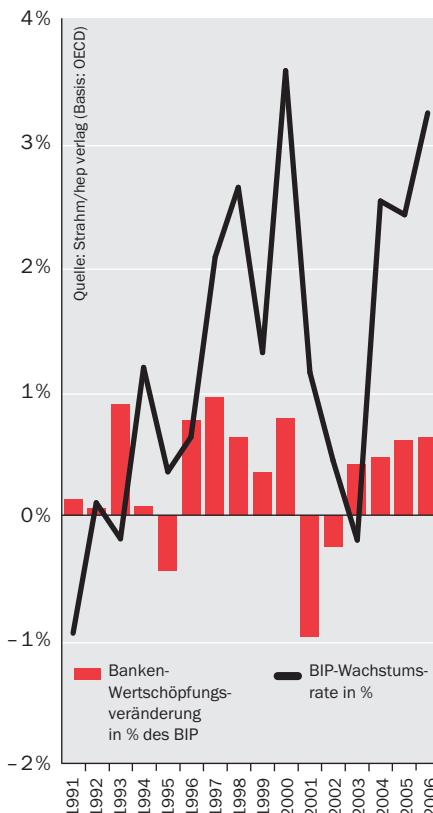
### Klumpenrisiko

Bilanzsumme der zwei grössten Banken in % der Wirtschaftsleistung des Landes



### Die Banken machen die Musik

Schwankungen des BIP (Bruttoinlandprodukt) und der Wertschöpfung der Banken



Banken haben einen wichtigen Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum. Verlieren die Banken an den hochspekulativen Finanzmärkten, schlagen sinkende Profite auf das BIP durch. Sie verknappen den Kredit, tun also ihre Kernaufgabe nicht mehr. Der Wechselkurs des Frankens behindert Exporte. Verluste werden auf die Arbeitenden überwälzt. Die Verschuldung steigt. Die Nachfrage sinkt. Könnte die Wachstums-Kurve der Grafik oben bis 2009 weitergeführt werden, würde sie heute abrupt fallen.

# Der Fall UBS – die Verbankung des Staates

Wir kennen die Privatisierung öffentlicher Dienste. Wir haben Liberalisierungen und Deregulierungen erlebt – und immer profitiert das Kapital. Im Oktober 2008 erfand die UBS die frechste Form der Plünderung: die Verbankung.

Im Handstreich liess sich die Grossbank, die zuvor Dutzende von Milliarden Boni ausbezahlt hatte, vom Staat ein 68 Milliarden-Rettungspaket zuschanzen. Bundesrat, Nationalbank (SNB) und Bankenkommission spurten. Damit sich kein Widerstand regen konnte, wurde dies per Notrecht dekretiert.

Im Detail: Die SNB nahm der UBS für rund 62 Milliarden Franken Ramschpapiere ab (S.12, 13) und der Staat schoss zusätzlich 6 Milliarden Franken in die Bank ein. Nicht etwa in Form von Aktienkapital – der Bund zahlte und verzichtete darauf, mitzureden.

Dafür trägt der Bund das ganze Risiko. Die Papiere dürften inzwischen nur noch einen Bruchteil der 62 Milliarden Franken bringen. Die Rechnung wird teuer (15, 20, 30 Milliarden oder mehr?). Ganz nach dem neoliberalen Motto: Die Gewinne für die Privaten, die Verluste für die Steuerzahlenden. Ein zweites Rettungspaket ist vorbereitet.

Dennoch freuten sich manche über die «Rückkehr der Politik in die Wirtschaft». Merkwürdig. Es gilt, was der frühere UBS-Chef Ospel gerne sagte: Die Bank befiehlt, die Politik führt aus. Das zeigt, dass die Selbstkontrolle des Finanzplatzes nichts taugt: Auch in der neuen Finanzmarktaufsicht (Finma) sitzen vor allem Finanzer.

## Was tun?

- Die Finma dem Parlament unterstellen und mit unabhängigen Köpfen besetzen
- Die Autonomie der SNB beschränken
- Finanzkonversion (Seite nebenan)

# Wie filetiert man Grossbanken und wie schafft man einen besseren Finanzplatz?

## Per Finanzkonversion

Anfang 2009 weiss keiner, ob das UBS-Rettungspaket reicht, um die Grossbank zu retten. Oder wie es um die angeschlagene Credit Suisse steht. Sie könnten noch immer auf gefährlichen Mengen «Giftmüll»-Papieren sitzen.

Doch stehen UBS/CS die Krise mit Staatsmilliarden und Gratis-Nationalbankgeld durch, fängt das eigentliche Problem erst an: Sie sind für die Schweiz viel zu gross. Ein solches Klumpenrisiko (S. 24) und eine solche Machtkonzentration schädigt jede Volkswirtschaft. Jetzt weiss das auch der Bundesrat. Man wird die Grossbanken zerlegen müssen.

## Wie filetiert man ein Finanzkonglomerat wie die UBS?

Zum Beispiel so:

- Der Staat nimmt, im Tausch für seine Hilfe oder per Verstaatlichung, ein starkes Aktienpaket in Besitz.
- Dann trennt man die Hedgefonds und das Investmentbanking von der normalen Banktätigkeit. Nun: Was geschieht mit den Zehntausenden von KMU, die Hypotheken und Geschäftskredite genommen haben?

Hier zeigt sich die Kernaufgabe einer Finanzkonversion: Sicheren Kredit für produzierende Unternehmen zu schaffen. Der Staat könnte den KMU helfen, zu Kantonal- und Genossenschaftsbanken zu wechseln (und die UBS/CS-Banker in die anderen Banken mitzunehmen). Besser noch: Die Politik ordnet den ganzen Finanzplatz neu, unter anderem mit einer Bank (oder einem Fonds) für den ökologischen Umbau, deren Aufgabe es wäre, billigen Kredit für innovative Projekte zu geben, staatlich garantiert (z.B. aus den Pensionskassen-Geldern).

# Die Wirtschaft, die wir wollen

In welcher Wirtschaft wollen wir leben und arbeiten? Merkwürdige Frage. Wir haben ja schon eine. Und alle Hände voll damit zu tun, die Zumutungen der Arbeitgeber und des Finanzkapitals abzuwehren. Die tun schon wieder so, als habe der Neoliberalismus nicht gerade eine wirtschaftliche Katastrophe angerichtet. Sie machen weiter mit Sozialabbau (Rente), Lohnklemmerei, Privatisierungen, Liberalisierungen (Strom, Post).

In dieser Ökonomie wollen wir nicht weitermachen. Es kann nicht sein, dass Finanzjongleure unsere Arbeit und unsere Zukunft mit obskuren Derivaten verwetten. Wir kennen den kapitalistischen Betrieb gut. Es gab wohl nie einen besseren Moment, um ein paar Dinge klarzustellen.

Klar, müssen wir das **Casino schliessen**, den Finanzplatz verkleinern und regulieren. Banken müssen dem öffentlichen Interesse dienen, die Unternehmen mit sicherem Kredit versorgen. Das Geschäft mit den Sozialversicherungen, insbesondere mit den Pensionskassen, müssen wir dem Finanzkapital und den Privatversicherern wieder wegnehmen.

In den Kern dieser Gesellschaft wollen wir die Arbeit und den Menschen stellen (nicht nur die Lohnarbeit).

## **Gute, sinnvolle und qualifizierende Arbeit:**

- Flexibilisierungen zurückbauen, wo sie uns schaden.
- Schluss mit prekärer Arbeit und Scheinselbstständigkeit.
- Gleichstellung von Frau und Mann.
- Neue Arbeitsformen durchsetzen, die Entfaltungsmöglichkeiten auftun: Qualifizierung, Autonomie in der Organisation, Arbeitsschutz etc.
- Lebenslanges Recht auf (Weiter-)Bildung durchsetzen.
- Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie erzwingen.
- Arbeitszeitverkürzung.

Der notwendige ökologische Umbau erfordert radikale Reformen. Füllen wir diese Reformen aus, mit mehr Demokratie, dezentralen Produktions- und Entscheidformen, einer neuen produktiven Ordnung.

## Unia-Referendum

# So verhindern wir den Rentenklau

68 Milliarden Staatshilfe für die Täterin UBS. Aber Kürzungen für die Opfer der Spekulation: Ab 2015 sollen die Renten um 10 Prozent gekappt werden. Das ist die Logik des neoliberal dominierten Bundesrates und seines bürgerlichen Parlaments.

Als Begründung müssen die Verluste der Pensionskassen mit Aktien und Derivaten herhalten. 70 bis 90 Milliarden haben die Kassen verloren. Vielleicht auch mehr.

Doch der Rentenklau ist zuerst ein Manöver der Versicherungsgesellschaften. Mit ihren Sammelstiftungen verwalten sie einen Teil des Altersvermögens. Ganz ohne Risiko haben sie so in den letzten Jahren fette Beute gemacht und ihren Managern Millionengehälter bezahlt. Manche haben sich verspekuliert. Die Arbeitnehmenden sollen dafür zahlen.

### Problem Pensionskassen

Heute erweist sich die Privatisierung der Altersvorsorge (2. und 3. Säule) als immer problematischer für die Arbeitenden. Zum Zwangsparen verurteilt, führten Arbeitgeber und -nehmende den Finanzmärkten auf diese Weise über 600 Milliarden Franken Kapital zu. Der Bundesrat treibt die Pensionskassen zu immer wilderen Spekulationen an. Jetzt will er, dass die Kassen weniger in Immobilien, dafür mehr in Hedgefonds investieren, jene Fonds also, die gerade reihum Pleite gehen.

### Jetzt unterschreiben!

Die beschlossene Rentensenkung ist absurd. Für die Rentnerinnen und Rentner ist sie ein krasser Sozialabbau. Der Wirtschaft entzieht sie Kaufkraft. Das Gesetz muss gebodigt werden. Andere Lösungen sind möglich. Zum Beispiel die Erhöhung der AHV, die nicht auf Kapitalmärkte, sondern auf direkte solidarische Umlage baut. Darum hat die Unia jetzt das Referendum ergripen. Unterschreibt!

### Was tun?

- Referendum unterstützen und durchbringen.
- In den Stiftungsräten der 2. Säule harte Investitionskriterien erzwingen.
- AHV stärken.

# Was steht an – und was schlagen wir vor

## 1. Krise entschärfen

Ziele: Soziale Sicherung garantieren. Wirtschaftliche Impulse schaffen. Entlassungen eindämmen. Kaufkraft sichern.

- Ein verstärktes Investitions- und Konjunkturprogramm von mindestens 5 Milliarden Franken muss auf Bundesebene aufgegelistet werden. 5 Milliarden Franken des Bundes (ein Prozent des Bruttoinlandproduktes) lösen ein Auftragsvolumen von rund 8 Milliarden aus. Die Massnahmen müssen so gewählt werden, dass sie ein möglichst hohes Investitionsvolumen auslösen und den ökologischen Umbau anstoßen (S.31).
- Ausdehnung der Kurzarbeit von 12 auf 18 Monate, um Entlassungen zu verhindern. Für Kurzarbeitende müssen zudem umfassende Programme für berufliche Qualifizierung und Weiterbildung zur Verfügung gestellt werden.
- Eine breit angelegte nationale Weiterbildungsoffensive vor allem mit Mitteln der Arbeitslosenversicherung, des Bundes und der Kantone: Nachholbildungen für weniger qualifizierte Arbeitnehmende, Sprachkurse und berufliche Qualifizierung insbesondere im Bereich der Ökotechnologien.
- Sofortige Massnahmen der Nationalbank gegen die Aufwertung des Frankens (tiefe Zinsen, Intervention auf den Devisenmärkten...), denn die bereits erfolgte Abwertung des Euro gegenüber dem Franken schadet vor allem der Exportindustrie und setzt Zehntausende von Arbeitsplätzen aufs Spiel.
- Die Kaufkraft muss gesichert werden: Garantiertes Teuerungsausgleich für alle plus Reallohnnerhöhungen (Stärkung der Binnennachfrage). Familienzulagen erhöhen. Krankenkassen: Die Prämienverbilligungen an die Prämiensteigerungen anpassen.
- Erlass von Mindestlöhnen per Normalarbeitsvertrag in Branchen ohne GAV. Mindestlöhne in GAV-Branchen.
- Den Sozialabbau verhindern: Rentenklau abwenden – das Referendum gegen das Gesetz über die berufliche Vorsorge durchsetzen.
- Sozialwerke und öffentlichen Dienst sichern. Alle Privatisierungen (Post, Unfallversicherung etc.) und Deregulierungen (Strom etc.) stoppen. Der Service public ist generell zu verstärken.

## Was steht an – und was schlagen wir vor

# 2. Ökologischer Umbau und bessere Arbeit

Ziele: Schnell Wachstumsimpulse geben. Instrumente schaffen für einen nachhaltigen Umbau der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft. Ökologische Innovation mit sozialer Innovation verknüpfen.

- Umfassende Sofort-Programme, inklusive günstigere Hypotheken für Gebäude- sanierungen und Wohnungsbau (Bsp. Minenergie-Häuser), Bauinvestitionen, starker Ausbau des öffentlichen Verkehrs (Ausbau Lötschberg, dritte Genferseelinie, vor allem auch Regional- und Agglomerationsverkehr), Lärmsanierungen, Erneuerung der Wasserkraftwerke. Ausbau Hochwasserschutz ...  
Mit einem sofortigen Investitionsprogramm von 5 Milliarden können in den nächsten Jahren Arbeitsplätze im Umfang von rund 60 000 Personenjahren gesichert werden.
- Entwicklung eines nationalen Masterplanes für die Produktion von Rollmaterial für den Schienenverkehr.
- Atomkonversion: Arbeitsplatzkonversion in alternative, erneuerbare Energien (Wind, Wasser, Sonne, Geothermie).
- Planung von zwei grossen Solarkraftwerken. Aufbau eines Glasfasernetzes, das auch Randregionen anbindet.
- Aufbau eines substanziellen Nachhaltigkeitsfonds, der aus einer geringen Kapitalverkehrssteuer gespiesen wird.
- Ein positives Forschungs- und Entwicklungsklima für nachhaltige Techniken mit gezielten Investitionen fördern.
- Forschungsprogramm für die Medizinaltechnik der Zukunft.
- Kompetenzzentrum Nanorisiken für Industrie und Gesellschaft.
- Schaffung eines nationalen Kompetenzzentrums für Ökologischen Umbau und entsprechender Lehrstühle/Institute an Hochschulen und Universitäten.
- Alle Massnahmen ergreifen, die zu besserer Arbeit führen: Verbot prekärer Arbeits- formen. Schutz des Ortsprinzips bei öffentlichen Aufträgen. Gleichstellung und Lohngleichheit erreichen. Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen. Gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Rückbau der Flexibilisierungen. Arbeitszeitverkürzung. Arbeitsorganisation in den Betrieben in Richtung mehr Autonomie und sinnvoller, qualifizierender Arbeit verändern. Recht auf (Weiter-) Bildung durchsetzen. Gewerkschaftliche Rechte stärken. Eine Offensive für Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie starten.

## **3. Das Finanzkapital entmachten**

Ziele: Sicherer Kredit für produzierende Unternehmen und Einzelpersonen. Finanzplatz verkleinern. Klumpenrisiko Grossbanken ausschalten. Transparente Finanzmärkte. Verbot der aggressiven Instrumente mit grosser Hebelwirkung.

- Kantonal- und Genossenschaftsbanken bekommen den klaren Auftrag, für sicheren Kredit zu günstigen Bedingungen zu sorgen. Um Wettbewerbsnachteile zu verhindern, können sie aus dem Nachhaltigkeitsfonds für Projekte des ökologischen Umbaus günstig refinanziert werden.
- Eigenkapitalvorschriften erhöhen.
- Finanzkonversion der Grossbanken. Und: Geschäftsbanken von Investmentbanken trennen.
- Verstärkung der neuen Finanzmarktaufsicht (Finma), direkte Unterstellung unter das Parlament.
- Ausdehnung der parlamentarischen Kontrolle über die Schweizerische Nationalbank.
- Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates.
- Anlagerichtlinien für die Pensionskassen, die etwa Hedgefonds und Derivate ausschliessen.
- Sammelstiftungen stärker regulieren.
- Strikte Regulierung der Derivate und Verbot einiger Derivatsformen, Schaffung einer Derivatenbörsen, Transparenzregeln.
- Verbot von Hedgefonds. Regulierung der Private Equity Fonds.
- Aktienrecht: Alle Massnahmen treffen, die Übernahmen ohne realökonomisches Ziel erschweren (z.B. Stimmrechts-Quarantäne).
- Verstärkung der gewerkschaftlichen Rechte bei Übernahmen (gesetzlich und in GAV).
- Verbot von Optionen als Einkommensbestandteile der Manager, Transparenz über Managementtransaktionen.
- Besserer Kündigungsschutz für Stiftungsrättinnen und Stiftungsräte.

# Was sich hinter dem Gerede der Finanzer versteckt

### **CDO (Collateralized Dept Obligation)**

Ein Papier, das auf Krediten (z.B. Hypotheken) aufbaut, die man zu einem Wertpapier bündelt. Sie werden von Rating-Agenturen bewertet (in Güteklassen, z.B. AAA). Der Trick ist, gute und schlechte Kredite zu bündeln, um ein hohes Rating zu bekommen. Finanzer nennen das «Verbriefung». Hochspekulativ. Riesige Mengen im Umlauf.

### **CDS (Credit Default Swap)**

Theoretisch eine Art Versicherungspolice gegen den Ausfall eines Kredits. Praktisch ein hochspekulatives Wertpapier. CDS zirkulieren in grosser Menge (ausserhalb der Börse).

### **Derivate**

Die wichtigste Erfindung der Finanzmärkte, heute das wichtigste Instrument. Derivate sind Papiere, die von einem Grundwert abgeleitet sind, z.B. Optionen von Aktien.

### **Finanzkapital**

- Kapital, das Finanzgeschäfte macht (etwa mit Aktien handelt), also nicht in der Produktion investiert ist (oder nur indirekt oder kurzfristig).
- Das Wort bezeichnet auch die Unternehmen, die mit Finanzkapital arbeiten: Banken, Versicherungen, Finanzdienstleister etc. Sie nennen sich selbst oft «Finanzindustrie».

### **Finma**

Finanzmarktaufsicht in der Schweiz. Seit dem 1. Januar 2009 ist sie offiziell zuständig für Aufsicht über Börse, Banken (die Bankenkommission ist in die Finma eingegangen), Fonds etc.

### **Hebelgeschäfte (Leverage)**

Geschäfte auf Pump. Das ist der zentrale Mechanismus des Finanzkapitalismus. Er besteht darin, Geschäfte mit möglichst wenig eigenem Geld und möglichst viel fremdem Kapital zu machen. Wenn wir irgendwo lesen: «Der Leverage (Hebel) betrug 40» bedeutet dies, das bei diesem Geschäft auf 1000 Franken eigenen Kapitals 40 000 Franken Fremdkapital im Spiel waren.

# Was sich hinter dem Gerede der Finanzer versteckt

### **Hedgefonds**

Hoch aggressive Fonds, die mit allem handeln dürfen, was anderen Fonds verboten ist: So dürfen sie z.B. Leerverkäufe tätigen, Optionen dealen etc. Viele Hedgefonds sind auf die Plünderung von Unternehmen spezialisiert. Hedgefonds werben mit hohen Renditen. Völlig untransparent.

### **Kettenverschuldung, Kreditschöpfung**

Die Basis des Finanzkapitalismus. Sie besteht darin, aus realen Geschäften irgendwelche Wertpapiere abzuleiten, die dann wiederum als Grundlage für Kredite oder andere Wertpapiere benutzt werden. Aus einem Franken real werden so 10, 100, 1000... Franken..

### **Option**

Ein billiges Papier, das dem Käufer das Recht gibt, eine bestimmte Aktie zu einem bestimmten Kurs zu kaufen. Beispiel: Ich kaufe Optionen und bezahle 2 Franken das Stück. Für zehn Optionen (20 Franken) kann ich eine Aktie für 500 Franken kaufen. Ist sie am Tag, an dem ich kaufe, 540 Franken wert, habe ich mein Kapital (20 Franken) verdoppelt. Optionen sind handelbar.

### **Over-the-counter (OTC)**

Wertpapier-Geschäfte, die über den Bankschalter (heute meist per Internet), also nicht öffentlich, an der Börse abgewickelt werden. Derzeit sind über 90 Prozent der Finanzgeschäfte OTC-Transaktionen. Nachteil: Keinerlei Transparenz.

### **Private Equity Fonds**

«Firmenjäger». Fonds, die Firmen kaufen, um sie weiter zu verkaufen, auszuschlachten oder so umzubauen, dass ihre Aktien stark steigen. Bleiben meist nur 6–24 Monate in einer Firma. Im Visier haben sie meist KMU.

### **Strukturierte Produkte**

Finanzprodukte (Papiere), die aus mehreren Derivaten zusammengebaut sind. Etwa aus einem Börsenindex plus Aktienoptionen plus einer CDO. Dieses Kombinieren macht die strukturierten Produkte teilweise sehr kompliziert. Stark wachsender Markt.



**Unia Zentralsekretariat**

Weltpoststrasse 20

Postfach 272

CH-3000 Bern 15

T +41 31 350 21 11

info@unia.ch

[www.unia.ch](http://www.unia.ch)